

Bielefeld: Opfer nach Messerattacke in Lebensgefahr



Bielefeld. Schock in der Bielefelder Innenstadt: Ein offenkundig verwirrter Mann hat am Freitagmittag am helllichten Tag und völlig unvermittelt auf zwei Männer an der Heeper Straße eingestochen und beide dabei schwer verletzt. Ein 49-jähriger Mann wurde dabei sogar lebensgefährlich verletzt. Eine Mordkommission ermittelt.

Bitte nicht noch mehr Vorschriften!

Bielefeld. Baumschutzsatzung, Mähroboterverbot, Verpackungssteuer: Die Politik neigt zu Überregulierung und Übergriffigkeit. Der Wochenendkommentar dazu.

Großes Handball-Wochenende

Bielefeld. Das Sport-Wochenende steht im Zeichen des Handballs. Die Männer der TSG A-H Bielefeld empfangen das Top-Team TV Emsdetten, Jöllenbecks Frauen den SV Schwerin.

Aus der Region

„Die Union ist kein Beispiel“

Berlin/Bielefeld. Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann aus Bielefeld übt im exklusiven Interview heftige Kritik am Stil der CDU. Die Bielefelderin spricht über ihre neue Rolle in der Opposition und über die Mailboxnachricht von Friedrich Merz.

Neue Serie: Mythos Hermannslauf

Bielefeld. Viele Anwohner der Strecke lieben den Teutoklassiker und unterstützen die Teilnehmer, wo sie können. Mal mit einer Dusche, einem Erfrischungsgetränk oder dem Gang aufs stille Örtchen.

Anzeige

STRANDKÖRBE | GARTENMÖBEL | SONNENSCHIRME | GRILLS

FRÜHSTARTER
HABEN MEHR VON DER SONNE!

Die **Schatztruhe Sommermöbel-Manufaktur & Ihr Grill-Spezialist**
Detmolder Straße 627 | 33699 Bielefeld | 0521.92 60 60 | mein-sonnenpartner.de

27379701_006724

WETTER



14° Vormittag



17° Nachmittag



9° Nacht

Thema des Tages

Prozess gegen Klette beginnt

Celle. Die frühere RAF-Terroristin Daniela Klette, die jahrelang unentdeckt in Berlin gelebt hatte, steht ab Dienstag in Celle zunächst wegen 13 Raubüberfällen vor Gericht.

Politik

Macron lädt zu Ukraine-Gipfel ein

Brüssel. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron lädt für kommenden Donnerstag zu einem weiteren Gipfeltreffen von Unterstützern der Ukraine nach Paris ein.

Sport

WM-Spitzenreiter Norris zeigt Nerven

Shanghai. Ein Verbremser kostete Formel-1-Spitzenreiter Lando Norris den ersten Startplatz für den Sprint in China am Samstag. Stattdessen steht Lewis Hamilton auf der Pole-Position in Shanghai.

Wir sind für Sie da!

Redaktion: Tel. 05 21/55 50 • E-Mail: redaktion@nw.de
Aboservice: Tel. 05 21/55 58 88 • E-Mail: abo-service@nw.de
Anzeigenservice: Tel. 05 21/55 53 33 • E-Mail: anzeigen@nw.de
Kartenvorverkauf: Tel. 05 21/55 54 44



4 190836 003200 6 0112

facebook.com/
neuewestfaelische



Legendärer Doppeldecker

Paderborn (red). Ein Stück Luftfahrttradition darf Stephan Ester aus Bad Wünnenberg im Kreis Paderborn sein Eigen nennen. Seit 17 Jahren gehört ihm ein Flugzeug-Oldtimer vom Typ Antonov AN-2. Es handelt sich dabei um ein Exemplar des größten einmotorigen Doppeldeckers der Welt aus dem Jahr 1968. Kurios: Einst hat er der DDR-Fluglinie Interflug gehört. Die Airline nutzte ihn aber nicht für Passagierverkehr, sondern, um aus Kameraluken zivile und militärische Luftaufklärung zu betreiben. Ester selbst klärt derweil heute nur noch über die Faszination für die Fliegerei auf.

Foto: Jens Reddeker

Bayern und NRW uneins über Geld aus dem Finanzpaket

Die Schuldenpläne von Union und SPD nehmen die letzte wichtige Hürde. Jetzt setzt unter den Ministerpräsidenten das Gerangel um die Verteilung ein.

Berlin (IK/dpa). Der Bundesrat hat den Weg für das riesige Finanzpaket frei gemacht, mit dem nun über neue Schulden Milliardenbeträge in Verteidigung und Infrastruktur investiert werden können. Jetzt geht in den Ländern das Gerangel ums Geld los.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder geht auf Konfrontationskurs mit anderen Ländern. Söder soll in München erneut auf eine Reform des Länderfinanzausgleichs gedrängt haben – Bayern sei nicht bereit, die Kreditzinsen von NRW zu zahlen, heißt es. NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) wiederum forderte erneut eine „substantielle Lösung der Altschuldenproblematik“.

CDU-Chef Friedrich Merz habe klar gemacht, dass sich die Rahmenbedingungen für die Kommunen ändern müssten, sagte Wüst. Es brauche jetzt ein klares Konzept für

nachhaltige und tragfähige Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. NRW will stark überschuldete Kommunen von Schulden entlasten und hofft auf Milliardenhilfen des Bundes.

Bei der Sitzung des Bundesrats am Freitag kam die nötige Zweidrittelmehrheit für die Änderung des Grundgesetzes durch 53 von 69 Länderstimmen zustande. Rhein-

land-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen enthielten sich.

Mit dem Gesetz wird die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse, die der Neuverschuldung des Bundes enge Grenzen setzt, für Ausgaben in Verteidigung, Zivilschutz, Nachrichtendienste und Cybersicherheit gelockert. Für alle diese Ausgaben, die ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreiten, dürfen

künftig Kredite aufgenommen werden. Das wäre in diesem Jahr alles über etwa 44 Milliarden Euro. Außerdem wird ein Sondervermögen geschaffen, für das die Schuldenbremse nicht gilt und das mit Krediten bis zu 500 Milliarden Euro gefüttert wird. Daraus soll die Instandsetzung der maroden Infrastruktur bezahlt werden.

100 Milliarden Euro sollen an die Länder gehen, weitere 100 Milliarden Euro sollen fest in den Klimaschutz und in den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft fließen.

Vize-NRW-Ministerpräsidentin Mona Neubaur (Grüne) kritisiert, dass es „kein Wort zur Schuldentilgung“ und zur „gerechten Lastenverteilung gegenüber den künftigen Generationen“ gebe. Ab sofort müsse die Frage im Mittelpunkt stehen, „wie wir die Investition ins Rollen bekommen.“

Warnung vor Zinslast

Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) warnte: „Steigende Schulden führen zu steigenden Zinsen. Und das erhöht den Konsolidierungsdruck auf allen politischen Ebenen“, sagte der CDU-Politiker. „Wir können uns nicht mehr alles leisten.“

Saarlands Ministerpräsidentin Anke Rehlinger rief dazu auf, zügig in einen „Umsetzungsmodus“ für die nun möglichen Investitionen in die Infrastruktur zu kommen. „Das Geld allein löst die existenziellen Fragen nicht“, sagte die SPD-Politikerin.

Gletscher in Gefahr

Bisheriger Verlust: Ein Eisblock so groß wie Deutschland – „Alarmierendes Zeichen für die Klimakrise“

Christiane Oelrich

Genf. Der dramatische Gletscherschwund hat Experten zufolge erhebliche Auswirkungen auf das künftige Leben der Menschen auf der Erde. Mit den Eismassen gehen erhebliche Mengen Süßwasser verloren, auf das Millionen Erdbewohner weltweit angewiesen sind: zum Trinken, für die Landwirtschaft und die Industrie, wie die Weltwetterorganisation (WMO) zum ersten Welttag der Gletscher am gestrigen Freitag mitteilte.

In den 48 Jahren seit 1976 haben die Gletscher weltweit knapp 9200 Gigatonnen Eis

verloren, hieß es vom Welt-Gletscher-Beobachtungsdienst (WGMS) der Universität Zürich. Das entspreche einem 25 Meter dicken Eisblock von der Größe Deutschlands, sagte WGMS-Direktor Michael Zemp. Eine Gigatonne entspricht einer Milliarde Tonnen. Die Schmelze seit dem Jahr 2000 habe den Meeresspiegel um 18 Millimeter erhöht, berichtete die WMO. „Jeder Millimeter bedeutet, dass 200.000 bis 300.000 Menschen mehr dem Risiko von Überflutungen ausgesetzt sind“, sagte Zemp.

Zusammen mit den Eisschilden der Antarktis und

Grönlands halten Gletscher 70 Prozent der lebenswichtigen globalen Süßwasserressourcen, so die WMO. „Die Erhaltung der Gletscher ist nicht nur eine ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Notwendigkeit. Es ist eine Frage des Überlebens“, sagte WMO-Generalsekretärin Celeste Saulo.

Auch das Umweltbundesamt (UBA) rief zum Schutz der Gletscher auf. „Gletscher sind ein unverzichtbarer Teil unseres globalen Ökosystems“, sagte UBA-Präsident Dirk Messner. „Ihr rapider Schwund ist ein alarmierendes Zeichen für die Klimakrise.“

Die gute Nachricht

Mehr Pfleger

Düsseldorf. Der Männer-Anteil in der beruflichen Pflegeausbildung ist in Nordrhein-Westfalen weiter gestiegen. Wie das Statistische Landesamt IT.NRW mitteilte, waren 2024 fast 28 Prozent der Auszubildenden männlich. Im Jahr 2020 waren es nur knapp ein Viertel. Die Gesamtzahl der Auszubildenden zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann sei im Vergleich zum Vorjahr mit rund 38.000 nahezu konstant geblieben. Gut 17.000 Ausbildungsverträge seien 2024 neu abgeschlossen worden.

Neben den Azubis in der beruflichen Pflegeausbildung wurden in der Pflegeausbil-

dungsstatistik 2024 erstmals auch 90 Studentinnen und Studenten erfasst, die eine schulische Pflegeausbildung im Rahmen eines Studiums absolvierten.



Kein seltener Anblick mehr: Eine männliche Pflegekraft bei der Arbeit. Foto: Robert Michael/dpa